

Es ist 2026.

Vor ein paar Jahren war noch die Rede davon, dass wir 7–10 Jahre haben, bis die irreversiblen Kettenreaktionen im globalen Ökosystem nicht mehr aufhaltbar sind, wenn wir so weitermachen wie bisher.

(Dazu könnt ihr zum Beispiel Berichte des IPCC und das CO₂-Budget von \[IPCC AR6 / SR1.5; z. B. Rogelj et al.\] nachschlagen.)

Jetzt stehen wir hier. Im vollen Bewusstsein,

dass die Eisschilde der Antarktis in einer viel schnelleren Geschwindigkeit destabilisiert werden als bisher angenommen.

(Zum Beispiel zeigen neuere Studien, dass Westantarktis-Eis massiv an Stabilität verliert, \[IPCC AR6, Cryosphere-Berichte\].)

Im vollen Bewusstsein,

dass 38 Milliarden Tonnen CO₂ pro Jahr in die Atmosphäre geblasen werden

und dass die 425,65 ppm CO₂ (Zahl vom qqqUmweltbundesamt / NOAA) nicht nur für die 1,5 °C Erwärmung sorgen, die wir praktisch erreicht haben,

sondern zusätzlich für weitere Erwärmung, selbst wenn wir von heute auf morgen nichts mehr emittieren würden.

Im vollen Bewusstsein,

dass jede Warnung vor dem Klimakollaps nicht ernst genommen wurde.

Nicht verstanden wurde.

Was bedeutet es,

dass um den Äquator herum Hitzezonen entstehen werden,

in denen Menschen aufgrund einer Kombination von Luftfeuchtigkeit und Hitze nicht überleben können?

(Diese tödlichen „wet-bulb temperatures“ sind in Studien inzwischen detailliert beschrieben, z. B. \[IPCC, Human Health Kap., US-National Academy\].)

Solche Zahlen sind schwer zu begreifen,

geschweige denn ernst zu nehmen.

Wir stehen hier im vollen Bewusstsein,

dass die Klimabewegung als eine erfrischende politische Richtungsänderung wahrgenommen wurde, deren Forderungen angeblich „einfach zu schwierig“ umzusetzen sind.

Dass man nur Klimaschutz machen könne,

wenn man ein bisschen extra Geld und ein bisschen extra Zeit hat.

Wir stehen hier im vollen Bewusstsein,

dass wir in einer Gesellschaft leben,

die sich immer mehr dafür entscheidet, sich dem
autoritären und demokratiefeindlichen Trend anzuschließen
und unsere Leben an ein paar machtgierige, reiche, fossile Profiteure zu verkaufen –
in dem Glauben, sie würden uns vor „gruseligen Menschen aus anderen Ländern“ beschützen.
Während in Wirklichkeit wir die Gruseligen sind.
Wir sind die, die bereit sind, ein Teil der Weltbevölkerung zu opfern,
nur um an einer alten Zeit festzuhalten,
im falschen Glauben, die Wirtschaft bzw. den bisherigen Wohlstand zu schützen.
Selbst wenn es nur eine Illusion von Wohlstand ist,
die in dem Moment zerplatzt, in dem die Krise zuschlägt.
Und ihr habt gesehen, wie die Krisen zuschlugen.
Immer und immer wieder.
Aber anstatt der Realität ins Auge zu blicken
und zusammenzuarbeiten, um das zu retten, was noch zu retten ist,
entscheiden wir uns dafür, noch gieriger zu werden
und nur an uns selbst zu denken.
Wir, die wir jedes Privileg der Welt haben.
In einem Land des Friedens.
Mit ausreichend Nahrung, sauberem Trinkwasser, verfügbarer Gesundheitsversorgung,
einem freien Bildungssystem, einem Wahlrecht
und dem Recht, unser eigenes Leben zu wählen,
was wir tun wollen und wen wir lieben wollen.
Wir wagen es zu behaupten, es sei zu schwer, unsere Lebensweise zu ändern.
Es sei zu schwer, sich darum zu scheren,
was anderen Ländern bereits nach 1,5 °C Erwärmung blüht.
Es sei sogar zu schwer, sich um das Leben unserer eigenen Kinder zu bemühen,
die ihr gesamtes Leben von der Klimakrise betroffen sein werden.
Deren Leben durch den Aufstieg der Autokraten unmittelbar bedroht sein wird.

Während Millionen unter viel härteren Klimabedingungen leben müssen,
die es nicht verdient haben, unter schrecklichen Lebensbedingungen zu leben.
Die wir in Zeiten des Kolonialismus bereits ausgeblutet haben.

Die jetzt die volle Gewalt der Klimakrise aushalten müssen, während wir ...
ruhig zuschauen

und darauf warten, dass unsere Zeit kommt.

Und unsere Zeit wird kommen.

Es tut mir leid, das zu sagen,

aber wir haben schon einige unwiderrufliche Kipppunkte des Erdsystems erreicht. Wie zum Beispiel die meisten tropischen Korallenriffe, die bereits jetzt irreversibel beschädigt sind.

Es ist lange keine Frage mehr, ob wir die Klimakatastrophe aufhalten können.

Es ist nur noch eine Frage, wie schlimm sie werden soll.

Nach draußen zu gehen, während eine unerträgliche Hitzewelle herrscht,
wird normal sein.

Die Wahrscheinlichkeit für eine Hitzewelle in einer um 2 °C wärmeren Welt
wird etwa 150-mal höher sein – und die Zahlen steigen weiter
(\[IPCC SR1.5, IPCC AR6 WG1\]).

Pause.

Lasst das kurz sacken.

Wir leben in einer Illusion,
dass wir das für immer ignorieren können.
Für immer in Sicherheit leben,
für immer den Wohlstand erhalten
und vor allem:
für immer die Kontrolle über die Situation bewahren.

Aber liebe Politik:

Ihr habt die Kontrolle längst verloren.

Was hat der fossile 10-Punkte-Maßnahmenplan von Frau Reiche oder das
Gebäudemodernisierungsgesetz bitte mit dem Ernstnehmen der Klimakrise zu tun?

Die bittere Ironie ist: Wir erhalten überhaupt nicht den Wohlstand oder die heilige Wirtschaft in dem
wir an die Vergangenheit festhalten wir die jetztige Bundesregierung es tut.

Wir werden nicht reicher, indem wir weiterhin in fossile Sackgassen investieren
und gleichzeitig die boomenden erneuerbaren Energien beschneiden.

Wir werden nicht reicher, indem wir soziale Sicherungssysteme abbauen
und unseren Zugang zu Gesundheitsversorgung kürzen –
angeblich, um „produktiver“ zu werden.

Wer krank ist oder in Armut feststeckt,
bringt auch der Wirtschaft nichts –
aber vor allem verliert er oder sie ein menschenwürdiges Leben.

Und ja, unsere Wirtschaft hat Risse.
So wie überall auf der Welt,
seit ein paar autoritäre Führer angefangen haben, unnötige Kriege zu führen –
zu jedermanns Überraschung, obwohl es so vorhersehbar war.

Wer hätte gedacht, dass es problematisch ist,
einer Person so viel Macht zu geben?

Und jetzt schauen wir auf Putin, auf Trump, auf Orban
und sagen ernsthaft: „Das ist eine gute Idee.
Lasst uns das hier auch probieren.“

Wenn ihr wirklich die „heilige Wirtschaft“ retten wollt –
warum wählt ihr dann Parteien,
die lieber cool und stark klingen wollen,
statt sich mit dem Ursachen unserer gesellschaftlichen Krisen zu beschäftigen?

Klimaschutz „runterzudrehen“,
ihn sprachlich zu verharmlosen,
ihn als „nice to have“ zu verkaufen,
mag sich kurzfristig gut anfühlen.

Das Problem scheint kleiner, handhabbarer.

Aber: Wenn wir nur unsere Worte ändern
und nichts an unseren Emissionen,
dann ändert sich an der Physik nichts.
Die Atmosphäre lässt sich nicht einlullen.

Es ist schon klipp und klar, was gemacht werden muss, um treibhausgasneutral zu werden.
Von Wärmewende, über Energiewende, bis Mobilitätswende.
Es haben sich schon genügend Menschen schlau gemacht,
Szenarien gerechnet, Pläne geschrieben, Lösungen gefunden.

Das ist nicht nur ein Politikversagen.
Das ist nicht nur ein „Nicht-Priorisieren“ angesichts angeblich dringenderer Krisen.
Das ist nicht die Abhängigkeit der Politik von der „Stimmung in der Gesellschaft“.

Das ist ein kompletter Realitätsverlust.
Ein bezahlter Realitätsverlust.
Ein psychologisch angenehmer Realitätsverlust.

Und darum müssen wir uns organisieren.

Wir müssen lernen, zusammenzuarbeiten. Schnell.
Wir müssen lernen, uns gegenseitig zu helfen. Jetzt.

Wir müssen unsere Kultur ändern:
weg von reaktiver, gewaltsamer, kurzfristiger Krisenbetäubung,
hin zu einer Kultur der Ehrlichkeit,
der geteilten Ressourcen,
der Resilienz gegen die kommenden Krisen.

Wir müssen Communities aufbauen,

die Katastrophen nicht nur „überstehen“, sondern sich gegenseitig tragen.

Hier in unseren Städten und Stadtteilen – resilient, solidarisch,
statt vereinzelt und ausgeliefert.

Wir müssen zusammen daran arbeiten Klimaschutz konsequent durchzuhalten und sozial gerecht zu gestalten.

Wie gesagt: Das Wissen, was notwendig ist, ist schon da. Es muss nur noch gemacht werden.

Daher fordern wir von dem zukünftigen Rat, der übernächste Woche gewählt wird:

Zunächst, dass die beschlossenen Maßnahmen des Integrierten Klimaschutzkonzeptes 2.0 tatsächlich umgesetzt werden.

Denn noch immer sind zentrale Maßnahmen laut Jahresbericht des IKSK 2.0 2024 nicht begonnen oder befinden sich lediglich in der Planungs- und Konzeptionsphase. Dazu gehören unter anderem das Intracting-Verfahren zur Finanzierung energetischer Sanierungen, klimafreundliche Gewerbegebiete, eine Klimaschutz-Charta für Unternehmen sowie Maßnahmen für nachhaltigen Alltag und Konsum in den Quartieren. Gleichzeitig zeigt etwa der Ausbau der Photovoltaik, dass selbst bei bereits laufenden Maßnahmen die gesetzten Ziele deutlich verfehlt werden.

Auch bei den energetischen Quartierskonzepten kommen wir nicht schnell genug voran. Das IKSK 2.0 sah bereits für 2025 Konzepte für fünf geeignete Bestandsquartiere vor – gerade dort, wo energetische Sanierungen gezielt angestoßen und Eigentümerinnen und Eigentümer unterstützt werden sollen. Im Jahresbericht 2024 wird die Maßnahme jedoch lediglich als „Umsetzung begonnen“ geführt. Und es gibt noch kein einziges Energetisches Quartierskonzept.

Es wurden 38,25 IKSK Stellen damals beschlossen. 38,25, davon 30,75 besetzt laut letztem Bericht. Und nur 8 sind im Klimaschutzmanagement. Die Frage ist warum trotz des zusätzlichen Personals zentrale IKSK-Maßnahmen noch nicht begonnen wurden? Was machen diese Stellen überhaupt? Wird diese Struktur in den anderen Dezernaten genutzt? Wir würden uns diesbezüglich mehr Transparenz wünschen, um die dahinter liegenden Probleme lösen zu können.

Die kommunale Wärmeplanung muss gebäudescharf werden, die Fernwärmepreise beim Ausbau gedeckelt werden und die Stadt sollte mit gutem Beispiel voran gehen und die CO₂ Ausstoß ihre eigenen Gebäude endlich reduzieren. So wie es bereits beschlossen wurde.

Aber das IKSK 2.0 ist noch nicht vollständig.

Wir fordern außerdem:

einen verbindlichen Klimavorbehalt, einen echten Klimahaushalt und einen Klimafonds – also echte Priorität statt schöner Worte. Jede größere Ratsvorlage muss offenlegen, wie sie sich auf die Emissionen unserer Stadt auswirkt. Klimaschädliche Varianten dürfen nicht einfach beschlossen werden, ohne dass ihre Folgen benannt und begründet werden. Wir wollen außerdem, dass Investitionen mit einem CO₂-Schattenpreis bewertet werden, damit sichtbar wird, was es uns langfristig kostet, wenn wir heute noch fossile Lösungen bauen. Und wir brauchen einen Braunschweiger Klimafonds, gespeist zum Beispiel aus Parkeinnahmen, internen CO₂-Einsparungen

und Beiträgen der Stadtwerke. Dieses Geld soll gezielt dort eingesetzt werden, wo es gebraucht wird: für Wärmepumpen, Solarstrom, energetische Sanierungen und soziale Energiehilfen.

Klimaschutz darf nicht die freiwillige Aufgabe sein, die als Erste gestrichen wird, wenn irgendwo gespart werden muss.

Wir wollen außerdem eine Sonnenstadt statt einer Fossilstadt. Deshalb fordern wir eine Solarpflicht auf allen geeigneten Neubauten und bei größeren Dachsanierungen, soweit das Landesrecht dies zulässt. Gleichzeitig müssen die geeigneten Dächer der Stadt und ihrer Gesellschaften spätestens bis 2030 vollständig mit Photovoltaik belegt werden. Und bei den Flächen und Dächern der Stadt sollten Bürgerenergiegenossenschaften und solidarische Modelle Vorrang bekommen – nicht nur große Investoren. Wir wollen, dass man den Klimaschutz in Braunschweig auf jedem zweiten Dach sehen kann und nicht nur in PDFs.

Bei der Wärmewende müssen wir ebenfalls vom Reden ins Handeln kommen. In geeigneten Gebieten brauchen wir eine Fernwärmesatzung. Wo ein dekarbonisierbares Wärmenetz wirtschaftlich sinnvoll ist, sollten Neubauten und beim Heizungstausch auch Bestandsgebäude angeschlossen werden – sozial flankiert und mit sinnvollen Ausnahmen, aber mit einer klaren Richtung. Gleichzeitig brauchen wir einen Fernwärmeanschluss-Bonus, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen und kleine Betriebe. Wir müssen außerdem alle großen Abwärmequellen in Industrie, Gewerbe und Rechenzentren systematisch erfassen und dort, wo es möglich ist, in die Wärmenetze integrieren. Wärmewende heißt nicht, dass einzelne Menschen alleine vor tausend Formularen sitzen. Wärmewende heißt, dass die Stadt hilft, auf erneuerbare Heizungen umzustellen.

Auch beim Thema Suffizienz müssen wir neue Wege gehen. Weniger Verbrauch bedeutet nicht automatisch weniger Lebensqualität. Es sollte daher eine kommunale Plattform für Wohnflächentausch geben – nach dem Prinzip „groß gegen klein“, ohne Menschen finanziell dafür zu bestrafen, wenn sie ihre Wohnsituation verändern wollen. Und es sollten Umbauten gefördert werden, durch die große Wohnungen und Häuser geteilt oder verdichtet werden können, zum Beispiel durch Einliegerwohnungen in zu großen Einfamilienhäusern. Wir sollten nicht große Neubaugebiete ausweisen, sondern Platz dort zu schaffen, wo er gebraucht wird, und Energie dort einzusparen, wo sie heute nur leere Quadratmeter beheizt.

Auch die Mobilitätswende darf nicht zu einer reinen E-Auto-Wende werden. Wir brauchen ein konsequentes Parkraummanagement mit höheren Parkgebühren in innenstadtnahen Quartieren, insbesondere für Zweit- und Drittwagen. Die zusätzlichen Einnahmen sollen klar zweckgebunden in Bus und Bahn, Radwege, Fußwege und Stadtgrün fließen. Gleichzeitig müssen wir Flächen neu verteilen: Parkplätze sollten schrittweise dort, wo es sinnvoll ist, zu Radspuren, Gehwegen, Bäumen und Aufenthaltsflächen werden. Die Straße gehört nicht nur dem Auto. Für den Wirtschaftsverkehr brauchen wir außerdem Mikrodepots und Lastenradlogistik, gemeinsam mit Paketdiensten und anderen Logistikunternehmen. Wir wollen nicht einfach elektrische SUVs vor denselben Staus wie heute. Wir wollen weniger Autos, weniger Staus und mehr sichere und lebenswerte Straßen.

Klimaschutz endet aber nicht bei Energie und Verkehr. Wir brauchen auch eine kommunale Ernährungsstrategie. In städtischen Mensen und Kitas sollte das Angebot deutlich stärker pflanzenbasiert, regional und saisonal ausgerichtet werden, während Lebensmittelverschwendung aktiv bekämpft wird. Gleichzeitig brauchen wir konkrete Ziele für unsere kommunalen Flächen: für die Wiedervernässung geeigneter Moor- und Nassflächen, für naturnahe und klimaresiliente Wälder und für den Zugang zu Flächen für solidarische Landwirtschaft und Urban Gardening. Wer in Braunschweig isst, sollte dazu beitragen können, dass andere auf der Welt nicht verhungern oder vertrocknen.

Auch schließlich auch beim Abfall, beim Wasser und beim Konsum müssen wir stärker über Strukturen statt nur über Bewusstsein sprechen. Wir wollen eine stärkere Steuerung über Gebühren: Wer besonders viel Restmüll verursacht, sollte mehr zahlen, während Abfallvermeidung und gute Trennung belohnt werden. Für die To-go-Gastronomie brauchen wir ein stadteinheitliches Mehrwegsystem, damit nicht jede Bäckerei und jedes Café sein eigenes System erfinden muss.

Und schließlich muss die Stadtverwaltung selbst Vorbild sein – nicht Ausnahme. Besonders was ihre Gebäude angeht.

Diese Liste ist lang.

Ja.

Aber wisst ihr, was noch länger ist?

Die Liste der Katastrophen,

die uns erwarten, wenn die Politik nicht handelt. Sei es auf kommunaler, niedersachsenweiter, bundeweiter oder internationaler Ebene.

Und wenn mir jemand jetzt mit dem Argument kommt, die derzeitige Haushaltslage könnte das niemals tragen, dann weise ich darauf hin, dass wir nicht allein auf den städtischen Haushalt angewiesen sind. Das Land Niedersachsen erhält aus dem Bundessondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ rund 9,4 Milliarden Euro. Davon gehen 4,7 Milliarden Euro direkt und pauschal an die Kommunen – also auch an Braunschweig. Zusätzlich stellt das Land über den „Pakt für Kommunalinvestitionen“ 600 Millionen Euro zur Verfügung, von denen 200 Millionen seit Anfang 2026 digital abrufbar sind. Wenn die Kommunen bei dem Titel „Infrastruktur und Klimaneutralität“ nicht nur die Infrastruktur meinen, könnten auch in Braunschweig mehrere Millionen Euro für den Klimaschutz ankommen. Diese Mittel können wir für energetische Sanierungen, Wärmenetze, PV und soziale Energiehilfen einsetzen.

Das heißt: Es gibt zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten. Die Politik und die Stadt muss es nur wollen. Wenn wir diese Klimaschutzmaßnahmen ernst nehmen, dann müssen wir jetzt auch die entsprechenden Fördermittel und Finanzierungsinstrumente konsequent nutzen.

Es gibt Lösungen. Es gibt das Geld. Es gibt die Maßnahmen und Menschen, die sie umsetzen wollen.

Klimaschutz ist ein Thema, dass uns noch lange verfolgen wird und das ist eine Realität vor der wir uns nicht verstecken können.

Wir wissen, was zu tun ist.

Und wir fangen an.

Heute. Hier. In Braunschweig.

Deshalb:

Wir bleiben laut.

Wir bleiben unbequem.

Wir tragen diese Forderungen in den Rat – immer und immer wieder –,

bis aus „nice to have“

endlich „jetzt, sofort, verpflichtend“ wird. Kommt gerne dafür mit in unser Plenum, in unsere Arbeitskreise und seid auf der Demo heute richtig laut!

Danke.